fehr
ne
aren, Inlette
, Trikotagen
mann
Cronachstr.
intraubenstr.
lich +
ummiwaren
Franz Lorenz
ine Biene!
ertrieb
becker
Kolonialwaren
schnitt
rfsartikel
auensche Gasse
Ecke Reisew. Str.
derhandlung
hofer
Pinsel
le
aller Systeme
chweig"
spflog
Strasse 37
gung
ordanzüge
happel
hubert
Kantstraße
h, Konserven
Tabakwaren
-Haus
ulik
Wurstwaren
nerstraße 10
d Kaffee
asino"
enartikel
esdner Str. 102
Erhard
Feinbäckerei
-Straße 5
· Preßhefe
RWAREN
EKTION
nann
ffee-Lager
aris
e ist der beste
rgk
POLD
äckerei
ckerwaren
bloch
Am Hufhaus
Tabak En detail
rhältlich
r. Pietzsch
olonialwaren
Grünwaren

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel / Sammlung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Freitag, den 17. September 1926 — Nummer 206

Steigende Teuerung

Unternehmerterror gegen die Arbeiter — Organisiert den Kongreß der Werktätigen!

Berlin, 16. September. (Telunion.) Die auf den Stichtag des 15. September **berechnete Großhandelsindexziffer** des Statistischen **Reichsamtes ist gegenüber dem 8. September um 0,3 Prozent auf 127,4 gestiegen. Von den** Hauptgruppen **hat die Indexziffer der Agrarerzeugnisse um** 1,5 Prozent auf 128,8 **angezogen, während die Indexziffer** der Industriestoffe **um 0,2 Prozent auf 124,8 nachgegeben** hat.

*

Seit Monaten steigen die Lebensmittelpreise ständig wieder an, die Löhne werden demgegenüber gedrückt. Die Arbeitslosigkeit wächst. Die Unternehmer nehmen einen ständig härteren „Herr-im-Hause"-Standpunkt ein. Die wenigen Rechte, die die Arbeiter nach dem November 1918 erhielten, werden, soweit sie nicht schon verschwunden sind, weiter zurückgedrängt. Die gesamte Arbeiterschaft muß erkennen: gesetzliche Maßnahmen, die schon vorhanden sind, werden nur dann in die Wirklichkeit umgesetzt, wenn sie von einer realen Macht vertreten werden.

Das Betriebsrätegesetz gibt in dieser Beziehung in der letzten Zeit ein lehrreiches Beispiel für diese Zusammenhänge. In allen Betrieben sind die Betriebsräte aus wirklichen Interessenvertretungen der Arbeiter zu einem bloßen Scheindasein herabgesunken. Zu allem Ende geht das Unternehmertum bereits dazu über, entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen die ihm unbequemen Betriebsräte überhaupt abzuschaffen.

Ein ganz besonders krasser Fall ereignete sich auf der Grube „[illegible]" der Dorstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlenindustrie-Gesellschaft. Hier gab es seit langer Zeit keinen Betriebsrat. Die Belegschaft schritt dazu, auf Betreiben eines Mitgliedes des Bergarbeiterverbandes sich wieder einen Betriebsrat zu wählen. Was machte die Betriebsleitung? Sie setzte den Kumpel kurzerhand aufs Straßenpflaster, weil er es gewagt hatte, in der Frühstückspause zum Obersteiger zu gehen und von diesem die Einsetzung eines gesetzlich vorgeschriebenen Wahlvorstandes zu verlangen.

Die Sache kam vor die Oberschiedsstelle, und beide Male wurde der Betriebsleitung unrecht gegeben. Die Entlassung des Bergarbeiters, der für die Durchführung klarer gesetzlicher Bestimmungen eintrete, „verstoße gegen die guten Sitten". Es wurde dem zu Unrecht Entlassenen eine Entschädigung in Höhe des gesamten Lohnes, wie bei ordnungsmäßigem Kündigungszustand zugesprochen. Diese Entschädigung brachte den Mann nicht wieder in den Betrieb zurück, und er ist in das Heer der Dauerarbeitslosen eingereiht, zumal man ihn schon längst auf die schwarze Liste gesetzt haben dürfte. Und der Erfolg der ganzen Uebung? Wird es ein anderes Belegschaftsmitglied länger wagen, für die Wahl eines Betriebsrates noch einzutreten, wenn es befürchten muß, mit oder ohne Entschädigung, die kaum für ein paar Wochen reicht, auf die Straße gesetzt zu werden?

Die Lehre aus diesem Fall für die gesamte Gewerkschaftsbewegung drängt sich von selber auf. Die einzelne Belegschaft, mag sie noch so kampfbereit sein, ist gegenüber dem organisierten, planmäßig operierenden Unternehmertum in vielen Fällen nicht stark genug, um die Durchführung des Betriebsrätegesetzes zu erzwingen, geschweige denn die Rechte der Betriebsräte zu erweitern. Der Kampf für die Wiederbelebung der Betriebsrätebewegung, für eine neue Machtentfaltung der Betriebsräte muß daher von den Gewerkschaftsinstanzen zentral organisiert werden und auf breitester Basis in revolutionären Formen zur Durchführung gelangen. Um diese zu erreichen, müssen in allen Betrieben die Massen mobilisiert werden, müssen die klassenbewußten Gewerkschaftsmitglieder ihren Einfluß geltend machen, um die Gewerkschaftsinstanzen zu größter Aktivität in der Betriebsrätefrage zu zwingen.

Darüber hinaus gilt es, die gemeinsame Abwehr- und Kampffront aller Werktätigen herzustellen. Das kann und muß geschehen durch den

Kongreß der Werktätigen,

zu dem aus allen Gewerkschaften und Betrieben die Arbeiter ihre Delegationen entsenden müssen. Schafft die geschlossene Front aller Arbeitenden gegen die Front der Ausbeuter.

Die Betriebe zum Kongreß der Werktätigen

Berlin, 17. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine am 14. September stattgefundene Betriebsversammlung der **städtischen Gaswerke Berlin**, vom Staats- und Gemeindearbeiterverband einberufen, nahm Stellung zum Kongreß der Werktätigen und beschloß einstimmig, trotz heftigen Protestes des ersten Vorsitzenden des Verbandes, **drei Kollegen zum Kongreß der Werktätigen zu delegieren.**

*

Eine Betriebsversammlung der Firma **Otto Müller, Berlin,** erklärte sich ebenfalls einstimmig für die Notwendigkeit der Teilnahme am Kongreß der Werktätigen und wählte **zwei Delegierte zum Kongreß,** obwohl der anwesende Vertreter des DMV Ablehnung der Beschickung des Kongresses beantragt **hatte.**

Konterrevolutionäre Front gegen die KPD

Die gesamte konterrevolutionäre Presse einschließlich der Herren Sozialdemokraten bringt jeden Tag große Artikel über die Auseinandersetzung in der KPD. Selbstverständlich wird von allen diesen Zeitungen die Unterschriftensammlung der 700 gehörig benutzt und der Zerfall der Kommunistischen Partei wieder, wie schon so oft, prophezeit. Die sozialdemokratische Presse spekuliert schon auf die Rückkehr der kommunistischen Arbeiter in die SPD. Die Unterzeichner der Zersetzungsresolution der Ruth Fischer, Maslow und Genossen mögen aus den Aeußerungen der Gegner am besten sehen, wem sie durch ihren Angriff genützt haben. Sogar die **Stahlhelmzeitungen** stellen sich hinter die 700 und begrüßen sie **als echte Leninisten.** Die „Allgemeine Zeitung" schreibt:

„Die Opposition **verwirft jede Revision des Leninismus,** wie sie von Stalin **in Moskau gepredigt und von Thälmann** in Berlin **nachgeplappert wird."**

Das Stahlhelmblatt **wiederholt** dann die von der Oppositionsgruppe aufgetischten **Geschichten** über die Kapitalisierung Sowjetrußlands. Dann schreibt das Stahlhelmblatt, daß bald die Massen sich von Rußland abwenden werden. Die „A. Z." schreibt:

„Nicht lange **mehr werden sich die deutschen Kommunisten** von den russischen **Abtrünnigen des Kommunismus an der Nase** herumführen lassen, **denn sie sind keine russischen Analphabeten** und Simpels, sondern **wissen selber klarer, was sie wollen** (mag es auch noch so irrig **und undurchführbar sein): Sie sind kein** dummes Herdenvieh, **mit einem Wort: kein Proletariat."**

Dann sprechen die Stahlhelmer in der Zeitung der Giftkonzerne — die „Allgemeine Zeitung" hat nämlich unmittelbare Beziehungen zum Chemiekonzern — die Hoffnung aus, daß bald nur noch ein reiner deutscher Kommunismus bestehen werde. Sie schreiben:

„**Aber das wird ein reiner deutscher Kommunismus sein,** der keine **Weltrevolutionsmöglichkeiten mehr in sich trägt. Und** es wird ein **zahlenmäßig sehr schwacher Kommunismus sein."**

Die enge Geistesverwandtschaft der sächsischen Altsozialisten mit den Stahlhelmern zeigt sich in folgender ähnlicher Schreibweise. In ihrem Organ, dem „Volksstaat", schreiben sie:

„**Schließlich sind die KPD doch deutsche Arbeiter, mit deutscher Schulbildung, können lesen, beobachten und denken. Die Stunde des Erwachens dämmert heran. Die Objekte russischen Zarens, russischer Selbstsucht und russischen Zynismus lösen sich aus der sie umschnürenden Hypnose."**

Auch die deutschnationalen „Dresdner Nachrichten" begrüßen die Angriffe der 700 gegen die Partei und schreiben:

„**Wenn man annehmen darf, daß die Mitglieder der von** ihnen vertretenen **Organisationen ganz oder auch nur zum größ**ten Teil hinter **den unterzeichneten Führern stehen,** so wird die Tatsache unabweisbar, **daß es sich nicht um eine kleine Absplitte**rung handelt, sondern um den Aufruhr eines großen Bestand**teiles der Partei, der die Zentrale zu einer offenen Auseinandersetzung zwingt."**

Auch zeigt sich die Hoffnung auf eine baldige Zersplitterung, die von dem „Volksstaat" an einer anderen Stelle angeführt wird. Der „Volksstaat" schreibt schon vom Untergang der KP und erklärt: „**Nichts wird sie mehr vom Untergang retten. Als eine politische Kraft kommt sie für Deutschland nicht mehr in Frage."** Die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung", das Organ der Linken, schreibt:

„**Von Stufe zu Stufe wird die Kommunistische Partei dabei schwächer und kleinlauter werden, bis irgendein Anstoß, sei es aus Rußland, sei es aus der europäischen Entwicklung, das ganze Gebäude über den Haufen wirft. Am Ende der Spaltung steht doch wieder die Sammlung, steht der Zusammenschluß zur einheitlichen Arbeiterbewegung, steht die Rückkehr zur Sozialdemokratie."**

Nur die „Dresdner Nachrichten", das deutschnationale Organ, sagt den Sozialdemokraten, daß die Freude über das Zurückkommen in die Sozialdemokratische Partei etwas verfrüht sei, denn „**wie die brüderlichen Auseinandersetzungen zeigen, bleibt nach wie vor für die sich bekämpfenden kommunistischen Gruppen die Sozialdemokratie als Verräterin des Marxismus der gemeinsame Feind. Eine weitere Annäherung der Sozialdemokratie an den rechten kommunistischen Flügel erfordert aber zwangsläufig eine Verstärkung und Beschleunigung der schon im Gange befindlichen Radikalisierung in der Sozialdemokratischen Partei, und damit wäre es aus mit allen Hoffnungen der Gemäßigten um Wels auf Regierungsbeteiligung und Große Koalition."** Die 28 Sozialdemokraten blasen in ihrer gestrigen Nummer in das gleiche Horn wie der „Dresdner Anzeiger". Sie erklären:

„**Man kann kaum verstehen, daß die denkenden und verantwortlichen Männer der Sozialdemokratie die Auflösung der KPD und noch mehr deren Annäherung mit großer Sorge beobachten, daß sie eine Vereinigung wie einst mit den Unabhängigen möglichst vermeiden möchten und lieber ein langsames Ueberlaufen der einzelnen wünschen. Ein Hinauszögern dieses ganzen Prozesses wird zweckmäßig sein, nicht nur für die folgerichtige Entwicklung der Sozialdemokratie, auch für die bürgerlichen Parteien, soweit sie mit der Sozialdemokratie grundsätzlich oder gelegentlich gemeinsame Politik machen wollen."**

Wir können den Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien verraten: ihre Sorgen sind ganz unnütz. Die revolutionären Arbeiter werden gerade durch den Jubel der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über die Haltung der 700 erkennen, daß die Aktion gegen die Partei nur ein Vorstoß gegen die revolutionäre Entwicklung des Gesamtproletariats gewesen ist. Sie werden sich um so fester an die Kommunistische Partei anschließen und unter ihrem Banner den Kampf gegen alle Verräter und Renegaten, gegen alle Zersplitterer und Parteizerstörer aufnehmen.

Die Gewerkschaften und der Kongreß der Werktätigen

Durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und besonders im Kampf gegen den Fürstenraub sind große Massen der Werktätigen in Bewegung gekommen. Sie gehören nicht nur zur Arbeiterklasse. Ihr, die unter der Führung der Kommunistischen Partei an der Spitze der Bewegung marschierte, sind zum ersten Male große Massen der Kleinbauern, Kleinbürger und Handwerker, enteignete frühere Rentner gefolgt. Angesichts des ungeheuerlichen, von den Regierungen des Reiches und der Länder und von den bürgerlichen Parteien unterstützten Raubversuche der Fürsten, schlossen diese Schichten mit den Massen der Lohnarbeiter ein enges Abwehrbündnis. Dieses Bündnis zu festigen und auszubauen, es fähig zu machen zur Offensive, die aufgerüttelten Massen trotz teilweiser Differierung ihrer Interessen zum einheitlichen Kampf gegen die zunehmende Verelendung und Unterdrückung zu formieren und zu mobilisieren, ihnen den einzigsten Ausweg aus der Krise, den Weg zum Sozialismus zu zeigen, das ist die Aufgabe und der Zweck des Kongresses der Werktätigen.

Die Gewerkschaften, die wirtschaftlichen Macht- und Kampforganisationen der Lohnarbeiter, würden, wären sie bis in ihre Spitze vom revolutionären Geist erfüllt, den Kongreß der Werktätigen freudig begrüßen. Denn die von der großkapitalistischen Klasse allerorts in Aussicht gestellte „Gesundung" der deutschen Wirtschaft, die langsame Ueberwindung der den Kapitalisten aus der Rationalisierung erwachsenen Schwierigkeiten geht zu Lasten der Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger. Die Folge der Gesundung des Geldsackes der Großkapitalisten und Großagrarier, die das Bürgertum mit der Gesundung des Wirtschaftslebens gleichstellt, bedeutet die Stabilisierung der Erwerbslosigkeit in Höhe von Millionen Erwerbslosen oder gar noch eine weitere Steigerung derselben. Sie bedeutet verschärfte Ausbeutung der Betriebe, der Kleinbauern und Kleinbürger durch die Großen und die vollständige Verelendung der aus dem Produktionsprozeß hinausgeworfenen Arbeiter und betrogenen Rentner.

Solche teilweise Festigung der kapitalistischen Wirtschaft auf der durch die Rationalisierung herbeigeführten höheren Basis, ist der Tod von Millionen kleinen Existenzen. Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger sind das Objekt und schließlich das Opfer der Ausbeutung und Demoralisierung, die den Kapitalsherren als einzigstes Mittel zur Erhaltung ihrer Profitwirtschaft zur Verfügung stehen. Alle Ausgebeuteten und Verelendeten gehören deshalb in eine Kampffront.

Noch versteht es die Großbourgeoisie glänzend, die zusammengehörigen Schichten der Werktätigen in Zeiten der Kämpfe und Krisen gegeneinander auszuspielen. Teile und Herrsche! ist ihr Prinzip.

Ein Bündnis zwischen den drei Schichten, Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern, die gegenseitige Unterstützung in Kämpfen, die gemeinsamen einheitlichen politischen Aktionen und Kämpfe hindert dem gemeinsamen Klassenfeind an der Ausnutzung der in den Massen vorhandenen Unklarheiten. Eine außerordentliche Stärkung der Macht der Gewerkschaften und damit der Arbeiterklasse würde die Folge des Bündnisses sein. Keine Regierung könnte gegen diese vereinten Kräfte ihre Unterdrückungsmaßnahmen durchführen.

Jede, mit der Arbeiterschaft fest verbundene und ihr treu ergebene Gewerkschaftsleitung müßte infolgedessen mit aller Kraft für das Zustandekommen des Kongresses der Werktätigen arbeiten und sich aktiv an der Tagung beteiligen.

Von den maßgeblichen sozialdemokratischen Führern der Gewerkschaften ist so viel Einsicht nicht zu erwarten. Es ist bekannt: sie lehnen den Klassenkampf ab und erwarten alles Heil für die Arbeiterklasse in der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum zur Hebung der kapitalistischen Wirtschaft. Darum haben sie mit den Beherrschern der Betriebe durch ihre Beteiligung an kapitalistischen Regierungen und an den verschiedenen (jetzt neu erstandenen) Arbeitsgemeinschaften politisch ein Bündnis geschlossen. Darum bekämpfen sie Sowjetrußland und propagieren das kapitalistische Amerika als das Land, dessen Entwicklung dem Ideal der Arbeiterklasse entspricht. Darum propagieren sie die Rationalisierung als Rettung der werktätigen Massen vor der Verelendung und betteln den Reichsverband der Industrie um Einsicht an: bei den Industriellen durchzusetzen, den Arbeitern einen Teil der finanziellen Ergebnisse der Rationalisierung zu geben, nachdem es sich bisher gezeigt hat, daß die Rationalisierung nur den Profit der Kapitalisten steigerte und die Arbeiter mehr auspreßte.

Ein Kampfbündnis aller Werktätigen muß logischerweise den Bruch des bestehenden Bündnisses der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum zur Folge haben. Das aber ist für die Führer des ADGB nicht akzeptabel; denn sie wollen keine entscheidenden Kämpfe. Wie sie den Ausbau und die Reorganisierung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden hemmen und zweckmäßige Organisierung einer mächtigen Betriebsräte- und Erwerbslosenbewegung zu hindern versuchen, so werden sie auch mit allen Mitteln den Kongreß der Werktätigen bekämpfen. Der Anfang dazu ist bereits gemacht. Schon ist der Bundesvorstand des ADGB und der Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in die Arena getreten. Trotzdem ihm jedes sachliche Argument gegen den Kongreß der Werktätigen fehlt, warnt er die Ortsausschüsse nachdrücklichst vor der Unterstützung des Kongresses und nimmt zur Begrün-